09. Februar 2024 | AUS STADT UND KREIS REUTLINGEN

Die Frage nach dem Umgang

Reutlingen Zu einer Diskussionsrunde an einer Schule wurde ein AfD-Abgeordneter ausgeladen. Die Frage bleibt: Wie ist mit der Partei zu verfahren?

Von **Mathias Huckert**



Brechend voll war der Reutlinger Marktplatz am 26. Januar, als ein breites Bündnis aus vielen Akteuren in Reutlingen zur Demo gegen rechts aufgerufen hatte. Doch was ist mit der Beteiligung der Partei an verschiedenen Veranstaltungen? Foto: Thomas Kiehl

In dieser Woche kamen angehende Abiturientinnen und Abiturienten am Reutlinger Johannes-Kepler-Gymnasium ins Gespräch mit Abgeordneten. Die Schulleitung hatte Parlamentarier der gesamten Parteienlandschaft eingeladen – und diesem Angebot waren Martin Rosemann von der SPD, Michael

Donth von der CDU, Beate Müller-Gemmeke von den Grünen, Stephan Seiter von der FDP sowie Jessica Tatti vom Bündnis Sahra Wagenknecht gefolgt.

Geht man diese Liste nun durch, fällt auf: Ein Repräsentant der rechten AfD fehlt. Zwar war der Bundestagsabgeordnete der in Teilen rechtsextremen Partei, Dirk Spaniel, zunächst eingeladen worden – doch in der Woche vor der Veranstaltung mit dem Namen „Kepi trifft Politik“ wurde Spaniel, der seit 2017 für die AfD im Bundestag sitzt, wieder ausgeladen.

> Fakt ist, die AfD hat sich immer weiter radikalisiert.
>
> **Beate Müller-Gemmeke**
> , Bundestagsabgeordnete der Grünen seit 2009

Schulleiter Thomas Moser führte einem Bericht des SWR zu Folge an, dass die Erkenntnisse einer am 10. Januar publik gewordenen Recherche des Kollektivs Correctiv zur Ausladung des Politikers geführt habe: Am 23. November 2023 trafen sich in einem Landhotel bei Potsdam Mitglieder von AfD, „Identitärer Bewegung“ und Werteunion mit Unternehmern und weiteren Personen der rechten Szene. Der Rechtsextremist Martin Sellner stellte seinen „Masterplan zur Remigration“, also dem Plan, Ausländer und deutsche Staatsbürger auszuweisen, vor.

Die Veröffentlichung der Recherche zum Treffen hat noch immer zur Folge, dass bundesweit gegen die AfD demonstriert wird – zuletzt hatte auch ein breites Bündnis aus Privatpersonen, Vereinen und Institutionen in Reutlingen zur Demo auf dem Marktplatz eingeladen, circa 5000 Menschen hatten sich deshalb auf dem Marktplatz versammelt.

Nun war der AfD-Abgeordnete Spaniel also am Reutlinger Gymnasium unerwünscht – und reagierte entsprechend erwartbar: Unmittelbar nach der Ausladung kritisierte er den Schulleiter Moser in einem Video und machte ihm auch zum Vorwurf, auf Druck der Grünen-Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke gehandelt zu haben.

Die 63-jährige Parlamentarierin des Bundestags hatte zuvor angekündigt, nicht an „Kepi trifft Politik“ teilzunehmen, wenn Spaniel dabei sei. Müller-Gemmeke bezieht Stellung zur Reaktion des AfD-Abgeordneten auf die Ausladung: „Die AfD inszeniert sich immer als Opfer und in der Regel per Video in den sozialen Medien – das tut sie grundsätzlich, unabhängig davon, ob sie ausgegrenzt wird oder nicht. Diese Strategie wurde in den letzten Jahren von der Partei perfektioniert. Deshalb macht es keinen Sinn, unsere Reaktionen daran auszurichten.“ Und Fakt sei eben auch: „Die AfD hat sich immer weiter radikalisiert.“

Inzwischen befasst sich offenbar auch das Regierungspräsidium Tübingen mit dem Fall – dabei gehe es aber nicht um das Gespräch zwischen Müller-Gemmeke und Schulleiter Thomas Moser, will der SWR vom Schulamt erfahren haben. Der Schulleiter beantwortete eine Anfrage dieser Zeitung bisher nicht.

Klare Position von Gewerkschaft

Offen bleibt die Frage, wie auch künftig mit Vertretern der AfD zu verfahren ist – gerade in Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl im Land am 9. Juni. Hier stehen Podiumsdiskussionen an und sonstige Wahlkampfveranstaltungen, bei denen auch die Mitglieder anderer Parteien sich mit den teils rechtsextremen Positionen der AfD auseinandersetzen müssen.

Regelmäßiger Organisator von solchen Veranstaltungen ist in Reutlingen die Gewerkschaft IG Metall. Sie lud beispielsweise zum Bundestagswahlkampf 2021 in den Pappelgarten ein. Der damalige Kandidat der AfD, Hansjörg Schrade, war bei dieser Veranstaltung nicht dabei.

Auf den bevorstehenden Wahlkampf angesprochen, erklärt der Gewerkschaftssekretär der IG Metall Reutlingen-Tübingen, Michael Bidmon: „Unsere klare Haltung ist, dass mit Parteien, die rechtspopulistische Positionen vertreten, keine Zusammenarbeit möglich ist. Dies schließt jegliche politische Kontakte aus." Denn die IG Metall stehe fest auf dem Grund ihrer historisch gewachsenen Werte und der Vision einer solidarischen, demokratischen Gesellschaft.

Dieses Fundament präge den entschiedenen Widerstand gegen rechtsextreme Strömungen in Betrieben, der Gesellschaft und der politischen Landschaft.

Auch die Volkshochschule Reutlingen richtete 2021 ein Wahlkampfpodium aus. Nun gebe es laut dem Geschäftsführer der VHS, Ulrich Bausch, gute Argumente dafür, weshalb Parteien, welche „in weiten Teilen eine Politik anvisieren, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht, bei Veranstaltungen in der Volkshochschule ausgeschlossen werden." Toleranz gegenüber Intoleranz sei ein demokratietheoretisch nicht auflösbarer Widerspruch und die Geschichte zeige, dass Wehrhaftigkeit gegenüber den Feinden der Demokratie ein schweres Unterfangen ist.

VHS stellt Bedingungen

Distanziere sich etwa ein Bundestagsabgeordneter der AfD nicht unmittelbar und ohne öffentlichen Druck von als gesichert rechtsextrem eingestuften Gruppierungen – hier nennt Bausch etwa die Junge Alternative – und unterbinde er außerdem weder die Verlinkung eigener Beiträge auf deren Kanälen noch trage

er Sorge dafür, dass Kommentarspalten unter Postings nicht zur Ansammlung etlicher Hassbotschaften avancieren, verliere er aus demokratischer Sicht das Recht auf seine Meinungsäußerung. „Unabhängig von der Partei sehen wir in solchen Fällen von einer Einladung ab“, sagt der VHS-Chef.

Ähnlich deutliche Worte zum bevorstehenden Wahlkampf findet die Grünen-Abgeordnete Müller Gmmeke: „Die AfD kann ihre demokratie- und verfassungsfeindlichen Positionen nicht mehr verstecken. Sie diskreditiert unsere Demokratie. Sie diffamiert und diskriminiert Menschen. Sie provoziert mit falschen und verzerrten Zahlen. Das macht die AfD, um ihr rechtsextremes Weltbild salonfähig zu machen. Dafür sollten wir ihr keine Bühne bieten.“